

Jürgen Klocke, Redaktion AWW-Informationen

Exklusiv-Interview mit Dr. Edmund Stoiber

Vorsitzender der „Hochrangigen Gruppe unabhängiger Interessenträger im Bereich Verwaltungslasten“ der EU-Kommission

Herr Dr. Stoiber, die „Hochrangige Gruppe unabhängiger Interessenträger im Bereich Verwaltungslasten“ der EU-Kommission, deren Vorsitzender Sie sind, wurde im August 2007 mit einem Drei-Jahres-Mandat eingesetzt. Was sind die wesentlichen Zielsetzungen und Aufgaben der Gruppe? Welche ersten Erkenntnisse können Sie aus der bisherigen Arbeit der Gruppe ziehen und welche Entwicklungen konnten Sie anstoßen?

Dr. Edmund Stoiber: Die EU-Kommission will bis 2012 25 % der durch Informationspflichten verursachten Bürokratiekosten für Unternehmen abbauen. Das wirtschaftliche Potenzial dieses Abbaus liegt bei 150 Mrd. Euro und entspricht einem Wachstumsschub von 1,5 % des BIP in der EU. Die von mir geleitete ehrenamtliche Expertengruppe (HLG) berät die EU-Kommission in dieser Frage und macht weiterführende Abbauvorschläge.

Der europäische Verwaltungsapparat und die europäischen Institutionen mit ihren Abläufen sowie das umfangreiche europäische rechtliche Regelwerk sind für Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft häufig undurchschaubar und stoßen als zu uneffektiv und zu teuer auf Kritik. Welche Möglichkeiten bietet das Standardkosten-Modell als metho-

disches Instrumentarium, um diese Kritiken zu entkräften?

Dr. Edmund Stoiber: Das Standardkosten-Modell ermöglicht es, die Kosten für die Erfüllung von



Dr. Edmund Stoiber

Informationspflichten genau zu berechnen. Damit bekommen bürokratische Verpflichtungen sozusagen ein Preisschild. Dies ermöglicht mehr Transparenz, insbesondere wird dadurch erstmals auch deutlich, was der Abbau einer Verpflichtung den Unternehmen zahlenmäßig an Entlastung bringt.

Wie sieht die konkrete Zeitschiene zum Abbau von Bürokratie in Europa aus? Wo steht die Europäische Union auf diesem Weg heute? In welchem Umfang konnten bereits Einsparungen realisiert werden und welches Potential sehen Sie für die kommenden Jahre?

Dr. Edmund Stoiber: Der Abbau von 25 % der Bürokratiekosten soll bis 2012 erfolgen. Als Vorarbeit für die Arbeit der Gruppe hat ein externes Konsortium (Deloitte, Capgemini und Rambøll) nach dem Standardkosten-Modell europaweit die Bürokratiekosten gemessen, die bei der Erfüllung von 344 Informationspflichten aus 42 Rechtsvorschriften anfallen. Diese Ergebnisse liegen jetzt vor. Im europäischen Gesellschaftsrecht, das als Pilotprojekt bereits vorab untersucht wurde, hat die Gruppe im Juli 2008 Vereinfachungsvorschläge beschlossen, die bei ihrer Umsetzung insbesondere Kleinunternehmen bis zu 7,3 Mrd. Euro entlasten würden. Im Oktober 2008

hat sich die HLG dafür ausgesprochen, die Erhebung der Mehrwertsteuer dadurch zu vereinfachen, dass künftig die elektronische Rechnungsstellung gleichberechtigt neben die schriftliche Rechnungsstellung treten kann. Dieser Vorschlag würde bei vollständiger Umsetzung die europäischen Unternehmen um 18 Mrd. Euro ent-

lasten. Die EU-Kommission muss nun zur Umsetzung der Vorschläge der Gruppe förmliche Rechtsetzungsvorschläge vorlegen, die vom Europäischen Parlament und dem Ministerrat angenommen werden müssen.

Wie gestaltet sich die konkrete Zusammenarbeit zwischen Ihrer Gruppe und der Europäischen Kommission bzw. mit nationalen Gremien wie beispielsweise dem Nationalen Normenkontrollrat in Deutschland oder Actal in den Niederlanden. Welche der Entbürokratisierung dienenden Netzwerke bestehen auf europäischer Ebene, beispielsweise zum europäischen Parlament bzw. mit nationalstaatlichen Akteuren, Akteuren aus Regionen oder europäischen und nationalen Verbänden?

Dr. Edmund Stoiber: Der Vorsitzende des Nationalen Normenkontrollrates Dr. Ludewig und der Vorsitzende von Actal Robin Linschoten sind Mitglieder der Hochrangigen Gruppe. Dadurch kann die Gruppe auf die Erfahrung beim Bürokratieabbau in den Niederlanden und in Deutschland zurückgreifen. Auch die anderen Mitglieder der High Level Group sind ausgewiesene Experten, wie z. B. Roland Berger, der frühere Präsident der italienischen Region Friaul-Julisch Venetien Riccardo Illy oder der Brite Michael Gibbons. Als Vorsitzender der Gruppe habe ich außer mit der Bundesregierung bereits mit der britischen, französischen und niederländischen Regierung gesprochen. Diese haben mir ihre nachdrückliche Unterstützung beim Bürokratieabbau in Europa zugesichert. Als nächstes möchte ich mit der italienischen Regierung über den Bürokratieabbau sprechen. Ich war auch bereits im Rechtsausschuss, Haushaltskontrollausschuss und Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments sowie in der EVP-Fraktion, um für den Bürokratieabbau zu werben. Auch hier stelle ich

große Unterstützung fest. Darüber hinaus besuche ich Unternehmen und Verbände in Europa, um mich vor Ort über Probleme des Bürokratieabbaus zu informieren und Vorschläge der Betroffenen aufzugreifen.

Einzelne EU-Mitgliedstaaten wie beispielsweise die Niederlande treiben den Prozess der Entbürokratisierung auf nationaler Ebene nachhaltig und zielgerichtet voran. Wie konnten Erfahrungen der einzelnen Nationalstaaten für den Bürokratieabbau im europäischen Kontext nutzbar gemacht werden?

Dr. Edmund Stoiber: Aus den Niederlanden und Deutschland erhält die Gruppe wichtige Anregungen für die weitere Arbeit. Dies betrifft z. B. den Vorschlag, die europäischen Vorschriften vollständig auf ihre Bürokratiekosten hin zu untersuchen und auch die Belastungen für den Bürger einzubeziehen. Bei einem Gespräch mit Kommissionspräsident Barroso Anfang November habe ich die EU-Kommission aufgefordert, klarzustellen dass es sich beim Abbauziel von 25 % um ein Nettoziel handelt. Denn die Bürger haben kein Verständnis dafür, dass an der einen Stelle Bürokratie abgebaut wird und an einer anderen neue entsteht. Deshalb sollte mittelfristig die Prüfung des bestehenden Rechts und neuen Rechts durch einen europäischen Normenkontrollrat erfolgen.

Welche strukturellen Unterschiede bezogen auf die jeweiligen nationalen Bürokratien bestehen zu den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union bzw. zu Staaten, die sich in einem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess und somit zunehmender Anbindung an die Europäische Union befinden? Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für den Bürokratieabbau?

Dr. Edmund Stoiber: Die vorläufigen Ergebnisse der Messungen

zeigen, dass die Bürokratiekosten vor allem in Italien, Frankreich und Spanien sehr hoch sind. In den neuen Mitgliedstaaten, wie z. B. Estland, gibt es eine große Aufgeschlossenheit für e-Government-Lösungen, um bürokratische Belastungen für Unternehmen möglichst gering zu halten. Von einem europaweiten Informations- und Erfahrungsaustausch, wie am besten bürokratische Kosten für Unternehmen vermieden werden können, könnten alle Unternehmen profitieren.

„In der Not hilft nur der Staat“ bzw. „Der Staat nimmt Einfluss auf alle Banken“ sind Schlagzeilen, welche im Zusammenhang mit nationalen Maßnahmepaketen zur Stabilisierung der Finanzmärkte formuliert werden. Besteht aus Ihrer Sicht die Gefahr, dass an dieser Stelle neue Regularien und Überbürokratisierung entstehen, welche die bisherigen Maßnahmen zum Bürokratieabbau konterkarieren könnten?

Dr. Edmund Stoiber: Ich bin fest davon überzeugt, dass wir mehr Leitplanken in den großen Fragen wie den internationalen Finanzströmen brauchen, und weniger Reglementierung in den kleinen Fragen des täglichen Lebens. Hier muss dringend die Balance wiederhergestellt werden. Die Bürger wünschen sich Sicherheit in den großen Fragen und Freiheit in ihrem persönlichen Leben. Da haben die Bürger auch das richtige Gespür. Das muss künftig der Maßstab sein, nach dem alle Vorschriften und Regelungen überprüft werden.

Im Oktober 2008 startete der von Ihnen, der Bertelsmann Stiftung und dem SKM-Netzwerk initiierte Wettbewerb um die „beste Idee zum Bürokratieabbau“. Worum handelt es sich bei diesem Wettbewerb und wie werden die eingehenden Ideen gegebenenfalls in konkrete Maßnahmen umgesetzt?

Können Sie Beispiele nennen, bei denen die Online-Konsultation von Bürgern und Verbänden zu Änderungen und Entlastungen im europäischen Recht geführt haben?

Dr. Edmund Stoiber: Um die vielen Vorschläge aus ganz Europa zu kanalisieren, hat die Gruppe einen europäischen Wettbewerb vorgeschlagen. Bis zum 31. Januar 2009 können Unternehmen, Verbände und Bürger Vereinfachungsvorschläge zum Bürokratieabbau einreichen. Ein weitreichender Entlastungsvorschlag, die bereits genannte Vereinfachung bei der Erhebung der Mehrwertsteuer, wurde vom niederländischen Arbeitgeberverband eingebracht. Die Europäische Kommission ist bereits dabei, einen förmlichen Rechtsetzungsvorschlag auszuarbeiten.

Bürokratieabbau ist beständiger Vorsatz und politisches Programm in Europa. Wo liegen in Zukunft die besonderen Chancen und politischen Bedingungen, überflüssige Bürokratie nachhaltig abzubauen?

Dr. Edmund Stoiber: Die eigentlich große Frage beim Bürokratieabbau ist das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit. Zwar wird die Bürokratie beklagt, aber die Sicherheit hat hohe Konjunktur. Tausende Parlamentarier und Beamte in ganz Europa sind ständig damit beschäftigt, das Leben der Menschen mit immer neuen Regelungen zu verbessern. Und die Ziele, die wir damit verfolgen, sind ja in aller Regel auch richtig und ehrenwert. Meine Überzeugung ist, dass wir das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit zumindest etwas besser austarieren müssen und auf Mehrfachsicherungen auch einmal verzichten sollten. Dazu brauchen wir ein neues Denken in Europa, dazu brauchen wir auch ein Stück Mut zur Lücke.

WETTBEWERB

Preis für die beste Idee zum Bürokratieabbau

Zielsetzung: Verringerung von Verwaltungslasten

Die Europäische Kommission hat ein großes Aktionsprogramm zur Verringerung der Verwaltungslasten gestartet (2007-2012). Dieses Programm konzentriert sich auf Informationen, die Unternehmen in der Europäischen Union, Behörden oder privaten Stellen erteilen müssen: Informationen für amtliche Registereintragungen, Zertifizierungen, Inspektionen, Beihilfen, statistische Formulare, Energielabels für Verbraucher oder Berichte an Anteilseigner usw.

Die „Hochrangige Gruppe unabhängiger Interessenvertreter im Bereich Verwaltungslasten“ („Stoiber-Gruppe“) der Europäischen Kommission hat nun in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung und dem SKM-Netzwerk den Wettbewerb „die beste Idee zum Bürokratieabbau“ initiiert.

Der Preis für die beste Idee zum Bürokratieabbau wird für entsprechende neuartige Vorschläge ausgelobt, die nach Kriterien wie Originalität und Innovationsgrad, Machbarkeit, Einsparpotential bzw. Übertragbarkeit von Lösungskonzepten auf andere Bereiche oder Mitgliedstaaten beurteilt werden.

Die AWW unterstützt den Wettbewerb nachdrücklich. Wenn Sie der Auffassung sind, dass Sie im Rahmen europäischer Regelungen unnötige Angaben machen müssen, oder dass erforderliche Angaben effizienter erteilt werden könnten, nutzen Sie den nachfolgenden Link:

http://ec.europa.eu/enterprise/admin-burdens-reduction/form_de.htm

um Ihre Verbesserungsvorschläge einzubringen.

Bürokratiekostenabbau als Modernisierungsinstrument der öffentlichen Verwaltung



Der Sonderdruck befasst sich mit aktuellen Reformentwicklungen der Verwaltungen. Die vorgestellten Reformkonzepte werden dabei auf ihre Funktion als „Modernisierungstreiber“ betrachtet und in den Kontext der augenblicklichen Entbürokratisierungsdiskussion gestellt.

Einen breiten Raum nimmt die Anwendung der Standardkosten-Modellrechnung – bezogen auf die Informationspflichten der Verwaltungen – in den Ausführungen ein. So wird sowohl ein Überblick über den Status Quo aktueller Entwicklung gegeben als auch

Perspektiven und künftige Handlungsfelder der Anwendung einer Standardkosten-Modellrechnung in den Verwaltungen gegeben.

Das „AWW-Informationen Special“ ist kostenlos und kann angefordert werden bei Christine Rose, Tel.: (0 61 96) 4 95-3 77.